

**STELLUNGNAHMEN MIT
UMWELTBEOEGENEN INFORMATIONEN**

**WASSER- UND BODENVERBAND
NUTHE-NIEPLITZ**

zum

Bebauungsplan Nr. 2020-03
„EDEKA an der Schlalacher Strasse“

und

14. Änderung Flächennutzungsplan
für den Bebauungsplan Nr. 2020-03
„EDEKA an der Schlalacher Strasse“

STELLUNGNAHME ZUM VORENTWURF



Nuthe-Nieplitz

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Der Geschäftsführer

WBV Nuthe-Nieplitz, Am Anger 13, 14959 Trebbin

Consilium
Gesellschaft für Planungs- und
Entwicklungsmanagement mbH
Haubachstraße 40

10585 Berlin

Dienststelle

Bearbeiter

Telefon

Fax

E-Mail¹

Unser Zeichen

Ihr Zeichen

Datum

14.10.2022

Stellungnahme

Beteiligung nach § 4(1) BauGB und § 2(2) BauGB zum Vorentwurf BPlan 2020-03 und 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Treuenbrietzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Wasser- und Bodenverband Nuthe – Nieplitz hat die Unterlagen zum Beteiligungsverfahren dankend erhalten.

Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) sowie ein Gewässerunterhaltungsverband im Sinne des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) und des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG), jeweils in der geltenden Fassung. Zur Erfüllung ist der Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet worden. Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder; er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst. Die gesetzlichen Aufgaben des Verbandes umfassen:

- *die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung (§ 79 Abs.1 BbgWG) und die Unterhaltung und den Betrieb von Schöpfwerken und von Stauanlagen (§ 79 Abs.3 BbgWG), sowie die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen hierfür (§ 78 Abs. 2 BbgWG),*
- *Ausgleichsmaßnahmen an Gewässern II. Ordnung, bei nachteiliger Veränderung der Wasserführung (§ 77 BbgWG),*
- *die Durchführung der Unterhaltung der im Verbandsgebiet gelegenen Gewässer I. Ordnung (§ 79 Abs.1 Satz 3 BbgWG) und die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen hierfür gemäß (§ 8 Abs.2 BbgWG),*
- *die Durchführung der Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen (§ 97 Abs.3 BbgWG),*
- *die dem Verband auf der Grundlage des § 126 Abs.3 Satz 4 BbgWG durch Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben.*

Das Verbandsgebiet (§ 6 WVG) umfasst das Einzugsgebiet der Nuthe, des Teltowkanals und der Zahna in Brandenburg. Flächen der Gewässer I. Ordnung sind vom Verbandsgebiet ausgenommen. Die Kommunen Potsdam, Nuthetal, Michendorf, Stahnsdorf, Ludwigsfelde, Trebbin, Nuthe-Urstromtal, Luckenwalde, Treuenbrietzen, Baruth, Beelitz, Brück, Jüterbog, Niedergörsdorf, Niederer Fläming u.a. sind Mitglied im Wasser- und Bodenverband.

Postanschrift
OT Großbeuthen
Am Anger 13
14959 Trebbin

Bankverbindung
DKB AG
IBAN: DE27 1203 0000 0000 404137
SWIFT BIC: BYLADEM1001

¹ **Die Abwicklung rechtsverbindlichen Schriftverkehrs über unsere E-Mail-Adresse ist nicht möglich.**
www.wbv-nuthe-nieplitz.de

Zum Beteiligungsverfahren geben wir folgende Stellungnahme ab:

1. An allen Gewässern ist nach § 38 WHG ein Gewässerrandstreifen im Außenbereich von 5 m Breite freizuhalten. Die Breite gilt jeweils auf beiden Seiten des Gewässers. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen sind u.a. im Gewässerrandstreifen verboten.
2. Gewässerrandstreifen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile werden nach § 38 Abs. 3 WHG durch die zuständige Behörde mit einer angemessenen Breite festgesetzt und sollte eine Breite von 5 m betragen. Der Zugang für Maschinentechnik z.B. Traktor muss am gesamten Gewässer gewährleistet bleiben.
3. Nach § 41 Abs. 2 WHG sind Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden.
4. Aufgrund der zunehmenden Witterungsextreme wird dringend empfohlen, für das gesamte Plangebiet die schadlose Abführung von Niederschlag für die Lastfälle r (5/5) und r (5/100) gemäß Kostra DWD zu berechnen und zu prüfen.
5. Einleitung von Niederschlagswasser von Straßen, befestigten Flächen, Bauten, etc. in Oberflächengewässer bedürfen einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen und die UWB zu beteiligen.
6. Sollten während der Bauphasen Einleitungen von Wasser in ein Gewässer erfolgen, ist vom Verband eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.
7. Während der Bauzeit ist der schadlose Wasserabfluss zu gewähren. Bei Problemen ist unverzüglich der WBV Nuthe-Nieplitz zu benachrichtigen. Auftretende Schäden sind vom Verursacher bzw. auf dessen Kosten zu beseitigen.
8. Bestehende Zufahrten, Durchfahrten, Zugänge, Zuwegungen, etc. für die Gewässerunterhaltung sind zu erhalten. Bei Neuanlagen bzw. Umbauten sind Art und Weise der Ausführung auf folgende Fahrzeuge abzustellen: Traktoren mit Anbaugeräten bis 17 t, Ketten- und Mobilbagger bis 22 t Gesamtgewicht.
9. Bei Neuerrichtung oder Instandsetzung von Durchlässen / verrohrten Überfahrten sind Ein- und Auslauf der Durchlässe mit einer betonierten Granitsteineinfassung herzustellen oder als senkrechte Stirnwände zu errichten (mit der Oberkante ebenerdig) und dauerhaft gegen eine Versetzung zu sichern (keine lose Steinschüttung). Die Standsicherung der Böschung ist durch Art der Herstellung zu sichern. Die Böschungssicherung ist durch eine Pfahlreihe abzuschließen. Die Böschung ist entsprechend dem Grabenprofil in gleichartiger Neigung anzuarbeiten.
10. Die Einbauhöhe der Durchlasssohle hat 10 cm unterhalb der Gewässersohle zu erfolgen mit fachgerechter Gründung und einem Gefälle entsprechend der Grabensohle. Böschungsfußsicherung am Ein- und Auslauf ist auf 3 m Länge beidseitig auszuführen als Faschinensicherung oder als Pfahlreihe. Oberkante der Fußsicherung ist MW.

11. Bei erforderlichen Böschungssicherungen sind diese mit Wasserbausteinen auszuführen und anschließend zu verfestigen, zu verdichten bzw. packen. Die Lage Wasserbausteine ist mit 20 cm Mutterboden derart zu überdecken, dass ein Böschungsplanum mit der heranlaufenden Böschung besteht und Rasenansaat.
12. Gewässer-Kreuzungen mit Medien oder Leitungen sind in einem Winkel von 90° zur Gewässerachse herzustellen. Der Verlegeabstand zur Sohle der Gewässer hat mindestens 1,50 m zu betragen. Die normale Verlegetiefe darf erst wieder in einem Abstand von 5 Metern von der Böschungsoberkante des Gewässers erreicht werden. Die Überfahrbarkeit der Trasse muss für Maschinen bis 22 t gewährleistet sein. Nach der Verlegung der Leitungen sind die Gewässer sowie alle anderen während des Baues in Anspruch genommenen Flächen und Anlagen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Nach Abschluss der Arbeiten ist die geforderte Verlegetiefe und -richtung mittels Bestandszeichnung und eingemessenen Höhen nachzuweisen und als Bestandsplan zu übergeben.
13. Trassen sind beidseitig außerhalb des Abflussprofils zu kennzeichnen. Im Außenbereich (gem. BauGB) ist die Markierung mit einer Höhe von mindestens 1,80 m ab Bodenoberkante zu errichten, im Innenbereich (gem. BauGB) 1,0 m ab Bodenoberkante. Die Markierung ist vom Rechtsträger der Leitung in ihrem Zustand zu erhalten.

Sonstige Hinweise:

Der 5 m Gewässerrandstreifen ist frei von Masten, Schildern/Pylonen, Versickerungsanlagen, Bepflanzungen und sonstigen Hindernissen zu halten. Die Überfahrbarkeit gemäß Punkt 8 ist bei allen neuen Wegen/Gehwegen entlang des Gewässerrandstreifens zu berücksichtigen.

Sind Notüberläufe an den Versickerungsanlagen mit Einleitung in ein Gewässer II. Ordnung geplant, ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
21.	<p>Wasser- und Bodenverband "Nuthe-Nieplitz" vom 14.10.2022</p> <p>Eine Stellungnahme innerhalb der Beteiligungsfrist erfolgte nicht und wurde auf erneute Nachfrage im Nachgang eingereicht.</p> <p>Zum Beteiligungsverfahren geben wir folgende Stellungnahme ab:</p> <ol style="list-style-type: none"> An allen Gewässern ist nach § 38 WHG ein Gewässerrandstreifen im Außenbereich von 5 m Breite freizuhalten. Die Breite gilt jeweils auf beiden Seiten des Gewässers. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen sind u.a. im Gewässerrandstreifen verboten. Gewässerrandstreifen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile werden nach § 38 Abs. 3 WHG durch die zuständige Behörde mit einer angemessenen Breite festgesetzt und sollte eine Breite von 5 m betragen. Der Zugang für Maschinentechnik z.B. Traktor muss am gesamten Gewässer gewährleistet bleiben. 	<p>1.</p> <ol style="list-style-type: none"> Entwässerungsgraben: Regelungen für Gewässerrandstreifen im Außenbereich (§ 35 BauGB). Entwässerungsgraben: Regelungen für Gewässerrandstreifen im Zusammenhang bebauten Ortsteil (§ 34 BauGB). 	<p>1. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p> <p>Mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes liegt planungsrechtlich ein beplanter Innenbereich nach § 30 BauGB vor. Die Regelungen des § 38 WHG für den Außenbereich nach § 35 BauGB findet im Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes keine Anwendung.</p> <p>2. Wird gefolgt; Änderung Umweltbericht sowie BPlan-Planbild, textliche Festsetzungen und BPlan-Begründung.</p> <p>Mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes liegt planungsrechtlich ein beplanter Innenbereich nach § 30 BauGB vor. Die Regelungen des § 38 WHG für den unbeplanten Innenbereich bzw. für im Zusammenhang bebaute Ortsteile nach § 34 BauGB findet im Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes keine Anwendung.</p> <p>Mit dem WBV erfolgte am 18.10.2022 eine telefonische Abstimmung zum 5 m-Freihaltestreifen der Entwässerungsgräben entlang der Schlalacher Straße und Berliner Chaussee. Die Wartung der Entwässerungsgräben erfolgt derzeit über die westliche Seite entlang der aktuellen Ackerflächen, da eine durchgängige Wartung auf der östlichen Seite von den beiden Straßen aus angesichts des Baumbestandes nicht möglich ist. Diese Wartungsmöglichkeit auf der westlichen Seite der Entwässerungsgräben im Sonstigen Sondergebietes vorzuhalten, ist das Anliegen des Stellungnahmegebers. Ein beidseitiger 5 m-Freihaltestreifen ist dagegen seitens des Stellungnahmegebers nicht erforderlich.</p> <p>Mit dem Vorentwurf des Bebauungsplanes besteht ein Konflikt mit der im Sonstigen Sondergebiet festgesetzten Pflanzfläche A zur Anpflanzung von Einzelbäumen, die innerhalb des 5 m-Freihaltestreifens gelegen wäre. Die Festsetzung der Fläche A sowie die zugehörige textliche Festsetzung Nr. 6.2 entfällt zugunsten der Forderung des Stellungnahmegebers.</p> <p>Der mit der Fläche A beabsichtigte Lückenschluss in der Alleereihe entlang der Schlalacher Straße lässt sich mit Blick auf die Forderung des Stellungnahmegebers nicht umsetzen. Die alternative Verlegung der Fläche A</p>

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
			<p>weiter nach Westen ließe die Baumreihe soweit aus der Allee abrücken, dass sich die Alleewirkungen nicht einstellen würde. Die alternative Verlegung nach Osten ist angesichts des geringen Abstandes zwischen Straßenverkehrsfläche und Entwässerungsgraben nicht realisierbar. Ein denkbarer Verschwenk des bestehenden Entwässerungsgrabens in das Sonstige Sondergebiet wäre für die bestehenden Flächen des Entwässerungsgrabens mit erheblichen Eingriffen in die Flora & Fauna verbunden. Dagegen stellt sich die mit der Baumreihe beabsichtigte Einbindung des Planvorhabens in das Landschafts- und Ortsbild ebenfalls mit dem Alteichenbestand, dem Gehölzbestand entlang der Entwässerungsgräben und den mit den textlichen Festsetzung vorgesehenen Pflanzverpflichtungen zur Anpflanzung von Heistern und Sträuchern auf den unmittelbar angrenzenden Flächen des Sonstigen Sondergebietes ausreichend herstellen. Die mit der Verlegung des Entwässerungsgrabens verbundenen Eingriffe in den Naturhaushalt wären im Vergleich zu den mit der Baumreihe erzielbaren Effekte zur besseren Einbindung in das Landschafts- und Ortsbild unverhältnismäßig. Der Verschwenk des Entwässerungsgrabens wird daher verworfen.</p> <p>Mit dem Vorentwurf des Bebauungsplanes wird innerhalb des 5 m-Freihaltstreifens mit der textlichen Festsetzung 6.4 auch eine Verpflichtung zur Anpflanzung von Heistern und Sträuchern festgesetzt (Fläche D). Aus dieser Anpflanzungsverpflichtung wird der 5 m-Freihaltstreifen herausgelöst und die zeichnerisch festgesetzte Fläche D entsprechend vom Entwässerungsgraben abgerückt.</p> <p>Weitere Änderungen des Bebauungsplanes sind nicht erforderlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der 5 m-Freihaltstreifen auf der westlichen Seite des Entwässerungsgrabens liegt im festgesetzten Sonstigen Sondergebiet und in diesem vollständig außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche bzw. außerhalb der festgesetzten Stellplatzflächen. Damit bleibt er nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes frei von Baukörpern und Überbauungen durch die Stellplatzanlage. ▪ Für die Bereiche des Sonstigen Sondergebietes, die außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche gelegen sind, werden mit der textlichen Festsetzungen Nr. 4.1 untergeordnete Nebenanlagen nach § 14 BauNVO als zulässig erklärt. Die Eingrenzung der Zulässigkeit auf bestimmte Bereiche der nicht überbaubaren Grundstücksfläche des Sonstigen Sondergebietes ist nicht Inhalt und Ziel der textlichen Festsetzung. Die Bestimmung ihrer konkreten Standorte ist vielmehr Gegenstand des Baugenehmigungsverfahrens, in dem wiederum die Belange des Stellungnahmegebers zu berücksichtigen sind.

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
			<p>Mit dem Planungskonzept „Bautechnische Vorplanung Straßenbau, Regenentwässerung“ (Noack, Februar 2022) wird bereits die Freihaltung des Gewässerrandstreifen für Wartungsfahrzeuge in der vom Stellungnahmegeber gewünschten Breite von 5 Metern vorgesehen, dies gilt auch für Versickerungsanlagen, Masten, Schildern/Pylonen. Der 5m-Freihaltestreifen ist in diesem Planungskonzept bereits ausgewiesen. Das Planungskonzept wurde zusammen mit dem vorliegenden Bebauungsplan ausgelegt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Im Sonstigen Sondergebiet sind am unmittelbaren Rand des Entwässerungsgrabens vier Einzelbäume im Bestand vertreten, die nach den Vorgaben des Umweltberichtes zu erhalten sind und dementsprechend mit dem Bebauungsplan zeichnerisch festgesetzt werden. Die Wartung der Entwässerungsgräben entlang der Schlalacher Straße und Berliner Chaussee wird im Bestand daher bereits über die östliche Seite (Ackerfläche) durchgeführt. Mit einer möglichen Wartung auf der Seite des Sonstigen Sondergebietes können Konflikte mit der Festsetzung der Erhaltungsbäume ausgeschlossen werden (telefonische Abstimmung mit WBV am 18.10.2022). ▪ Der 5 m-Freihaltestreifen auf der östlichen Seite des Entwässerungsgrabens ist teilweise in der mit dem vorliegenden Bebauungsplan festgesetzten öffentlichen Grünfläche und öffentlichen Verkehrsfläche gelegen. Mit einer möglichen Wartung auf der Seite des Sonstigen Sondergebietes können Konflikte mit der Festsetzung dieser Flächen ausgeschlossen werden (telefonische Abstimmung mit WBV am 18.10.2022). <p>Die Vorschriften des § 38 WHG werden mit dem Planungskonzept „Straßenbau, Regenentwässerung“ ebenfalls berücksichtigt. Der Gewässerrandstreifen der Entwässerungsgräben werden begrünt und bepflanzt. Damit wird die Zweckbestimmung des Gewässerrandstreifens, nach der er der Erhaltung und Verbesserung der ökologischen Funktionen oberirdischer Gewässer, der Wasserspeicherung, der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Verminderung von Stoffeinträgen aus diffusen Quellen dient, erfüllt (Absatz 1). Die Verbote werden ebenfalls berücksichtigt (Absatz 4):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu Nr. 1: eine Umwandlung von Grünland in Ackerland erfolgt mit der Planung nicht. ▪ zu Nr. 2: ein Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern wird mit den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht vorgeschrieben; eine Beseitigung von standortgerechten Bäumen erfolgt durch die Planung nicht (im Gewässerrandstreifen im Bestand

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
			<p>nicht vertreten); auch die Entfernung von standortgerechten Sträuchern wird mit dem Planvorhaben nicht angestrebt, sollten im Rahmen der Baumaßnahmen baubedingte Abgänge erkennbar werden, ist eine Ersatzregelung im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens von der Wasserbehörde zu treffen. Ungeachtet dessen besteht auch eine Begrünungsverpflichtung gemäß BrbgBauO.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ zu Nr. 3: ein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen erfolgt im Gewässerrandstreifen nicht. ▪ zu Nr. 4: eine längere Ablagerung von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können, erfolgt nicht. <p>Diese vorstehenden Ausführungen werden in die Begründung zur redaktionellen Klarstellung aufgenommen.</p>
3.	Nach § 41 Abs. 2 WHG sind Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden.	3. Hinweise für Baugenehmigungsverfahren.	<p>3. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p> <p>Die Hinweise sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.</p>
4.	Aufgrund der zunehmenden Witterungsextreme wird dringend empfohlen, für das gesamte Plangebiet die schadloسة Abführung von Niederschlag für die Lastfälle r (5/5) und r (5/100) gemäß Kostra DWD zu berechnen und zu prüfen.	4. Hinweise für Baugenehmigungsverfahren.	<p>4. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p> <p>Die Hinweise sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.</p> <p>Mit der Bautechnischen Vorplanung „Straßenbau, Regenentwässerung“ (Noack, Februar 2022) wird bereits dargelegt, dass eine Bemessung der zu berücksichtigenden Niederschlagsmenge gemäß DWA-A 138 für den fünfjährigen Bemessungsregen sowie ein Überflutungsnachweis nach DIN 1986-100 für den dreißigjährigen Bemessungsregen durchgeführt wurde. Alle Nachweise hierfür wurden bereits erbracht (siehe Noack, Seite 4).</p> <p>Danach ist eine Entwässerung des Niederschlagswassers ausschließlich auf dem Vorhabensgrundstück über die geplanten Mulden/Rigolen möglich. Eine Einleitung in das öffentliche Netz oder in die Entwässerungsgräben wird nicht vorgesehen.</p> <p>Seitens der unteren Wasserbehörde wird der Planung und der Bautechnischen Vorplanung zugestimmt (siehe Stellungnahme 3.1).</p>
5.	Einleitung von Niederschlagswasser von Straßen, befestigten Flächen, Bauten, etc. in Oberflächengewässer bedürfen einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen und die UWB zu beteiligen.	5. Niederschlagswasser: Einleitung	<p>5. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p> <p>Mit dem Planungskonzept erfolgt eine Entwässerung des Niederschlagswassers ausschließlich über das Vorhabensgrundstück. Eine Einleitung in das öffentliche Netz oder in die Entwässerungsgräben wird nicht vorgesehen.</p>

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
	<p>6. Sollten während der Bauphasen Einleitungen von Wasser in ein Gewässer erfolgen, ist vom Verband eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.</p> <p>7. Während der Bauzeit ist der schadlose Wasserabfluss zu gewähren. Bei Problemen ist unverzüglich der WBV Nuthe-Nieplitz zu benachrichtigen. Auftretende Schäden sind vom Verursacher bzw. auf dessen Kosten zu beseitigen.</p> <p>8. Bestehende Zufahrten, Durchfahrten, Zugänge, Zuwegungen, etc. für die Gewässerunterhaltung sind zu erhalten. Bei Neuanlagen bzw. Umbauten sind Art und Weise der Ausführung auf folgende Fahrzeuge abzustellen: Traktoren mit Anbaugeräten bis 17 t, Ketten- und Mobilbagger bis 22 t Gesamtgewicht.</p> <p>9. Bei Neuerrichtung oder Instandsetzung von Durchlässen / verrohrten Überfahrten sind Ein- und Auslauf der Durchlässe mit einer betonierten Granitsteineinfassung herzustellen oder als senkrechte Stirnwände zu errichten (mit der Oberkante ebenerdig) und dauerhaft gegen eine Versetzung zu sichern (keine lose Steinschüttung). Die Standsicherung der Böschung ist durch Art der Herstellung zu sichern. Die Böschungssicherung ist durch eine Pfahlreihe abzuschließen. Die Böschung ist entsprechend dem Grabenprofil in gleichartiger Neigung anzuarbeiten.</p> <p>10. Die Einbauhöhe der Durchlasssohle hat 10 cm unterhalb der Gewässersohle zu erfolgen mit fachgerechter Gründung und einem Gefälle entsprechend der Grabensohle. Böschungsfußsicherung am Ein- und Auslauf ist auf 3 m Länge beidseitig auszuführen als Faschinensicherung oder als Pfahlreihe. Oberkante der Fußsicherung ist MW.</p> <p>11. Die Einbauhöhe der Durchlasssohle hat 10 cm unterhalb der Gewässersohle zu erfolgen mit fachgerechter Gründung und einem Gefälle entsprechend der Grabensohle. Böschungsfußsicherung am Ein- und Auslauf ist auf 3 m Länge beidseitig auszuführen als Faschinensicherung oder als Pfahlreihe. Oberkante der Fußsicherung ist MW.</p> <p>12. Gewässer-Kreuzungen mit Medien oder Leitungen sind in einem Winkel von 90° zur Gewässerachse herzustellen. Der Verlegeabstand zur Sohle der Gewässer hat mindestens 1,50 m zu betragen. Die normale Verlegetiefe darf erst wieder in einem Abstand von 5 Metern von der Böschungsoberkante des Gewässers erreicht werden. Die Überfahrbarkeit der Trasse muss für Maschinen bis 22 t gewährleistet sein. Nach der Verlegung der Leitungen sind die Gewässer sowie alle anderen während des Baues in Anspruch genommenen Flächen und Anlagen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Nach Abschluss der Arbeiten ist die geforderte Verlegetiefe und -richtung mittels Bestandszeichnung und eingemessenen Höhen nachzuweisen und als Bestandsplan zu übergeben.</p> <p>13. Trassen sind beidseitig außerhalb des Abflussprofils zu kennzeichnen. Im Außenbereich (gem. BauGB) ist die Markierung mit einer Höhe von mindestens 1,80 m ab Bodenoberkante zu errichten, im Innenbereich (gem. BauGB) 1,0 m</p>	<p>6. Hinweise für Baugenehmigungsverfahren.</p>	<p>6. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p> <p>Die Hinweise sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.</p> <p>Die konkrete Ausgestaltung der Bautechnischen Vorplanung „Straßenbau, Regenentwässerung“ (Noack, Februar 2022) erfolgt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung.</p>

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
	<p>ab Bodenoberkante. Die Markierung ist vom Rechtsträger der Leitung in ihrem Zustand zu erhalten.</p> <p>Sonstige Hinweise:</p> <p>Der 5 m Gewässerrandstreifen ist frei von Masten, Schildern/Pylonen, Versickerungsanlagen, Bepflanzungen und sonstigen Hindernissen zu halten.</p> <p>Die Überfahrbarkeit gemäß Punkt 8 ist bei allen neuen Wegen/Gehwegen entlang des Gewässerrandstreifens zu berücksichtigen.</p> <p>Sind Notüberläufe an den Versickerungsanlagen mit Einleitung in ein Gewässer II. Ordnung geplant, ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.</p>	<p>7. Gewässerrandstreifen: Frei von Hindernissen</p> <p>8. Hinweise für Baugenehmigungsverfahren.</p> <p>9. Niederschlagswasser: Einleitung in Entwässerungsgraben</p>	<p>7. Wird bereits berücksichtigt; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Weitere Erläuterungen siehe vorstehend unter Punkt 21.2</p> <p>8. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Weitere Erläuterungen siehe vorstehend unter Punkt 21.6.</p> <p>9. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Mit dem Planungskonzept erfolgt eine Entwässerung des Niederschlagswassers ausschließlich über das Vorhabensgrundstück. Eine Einleitung in das öffentliche Netz oder in die Entwässerungsgräben wird nicht vorgesehen. Weitere Erläuterungen siehe vorstehend unter Punkt 21.4.</p>

STELLUNGNAHME ZUM ENTWURF



Nuthe-Nieplitz

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Der Geschäftsführer

WBV Nuthe-Nieplitz, Am Anger 13, 14959 Trebbin

Consilium
Gesellschaft für Planungs- und
Entwicklungsmanagement mbH
Haubachstraße 40
10585 Berlin

Dienststelle
Bearbeiter
Telefon
Fax
E-Mail¹
Unser Zeichen
Datum

07.02.2023

Stellungnahme

Beteiligung nach § 4(1) BauGB und § 2(2) BauGB zum Vorentwurf Bebauungsplan 2020-03 und 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Treuenbrietzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Wasser- und Bodenverband Nuthe – Nieplitz hat die Unterlagen zum Beteiligungsverfahren dankend erhalten.

Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) sowie ein Gewässerunterhaltungsverband im Sinne des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) und des Gesetzes über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden (GUVG), jeweils in der geltenden Fassung. Zur Erfüllung ist der Wasser- und Bodenverband Nuthe-Nieplitz als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet worden. Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder; er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst. Die gesetzlichen Aufgaben des Verbandes umfassen:

- *die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung (§ 79 Abs.1 BbgWG) und die Unterhaltung und den Betrieb von Schöpfwerken und von Stauanlagen (§ 79 Abs.3 BbgWG), sowie die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen hierfür (§ 78 Abs. 2 BbgWG),*
- *Ausgleichsmaßnahmen an Gewässern II. Ordnung, bei nachteiliger Veränderung der Wasserführung (§ 77 BbgWG),*
- *die Durchführung der Unterhaltung der im Verbandsgebiet gelegenen Gewässer I. Ordnung (§ 79 Abs.1 Satz 3 BbgWG) und die Erstellung von Gewässerunterhaltungsplänen hierfür gemäß (§ 8 Abs.2 BbgWG),*
- *die Durchführung der Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen (§ 97 Abs.3 BbgWG),*
- *die dem Verband auf der Grundlage des § 126 Abs.3 Satz 4 BbgWG durch Rechtsverordnung übertragenen Aufgaben.*

Das Verbandsgebiet (§ 6 WVG) umfasst das Einzugsgebiet der Nuthe, des Teltowkanals und der Zahna in Brandenburg. Flächen der Gewässer I. Ordnung sind vom Verbandsgebiet ausgenommen.

Die Kommunen Potsdam, Nuthetal, Michendorf, Stahnsdorf, Ludwigsfelde, Trebbin, Nuthe-Urstromtal, Luckenwalde, Treuenbrietzen, Baruth, Beelitz, Brück, Jüterbog, Niedergörsdorf, Niederer Fläming u.a. sind Mitglied im Wasser- und Bodenverband.

Zum Beteiligungsverfahren geben wir folgende Stellungnahme ab:

1. An allen Gewässern ist nach § 38 WHG ein Gewässerrandstreifen im Außenbereich von 5 m Breite freizuhalten. Die Breite gilt jeweils auf beiden Seiten des Gewässers. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen sind u.a. im Gewässerrandstreifen verboten.
2. Gewässerrandstreifen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile werden nach § 38 Abs. 3 WHG durch die zuständige Behörde mit einer angemessenen Breite festgesetzt und sollte eine Breite von 5 m betragen. Der Zugang für Maschinentechnik z.B. Traktor muss am gesamten Gewässer gewährleistet bleiben.
3. Nach § 41 Abs. 2 WHG sind Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden.
4. Aufgrund der zunehmenden Witterungsextreme wird dringend empfohlen, für das gesamte Plangebiet die schadloسة Abführung von Niederschlag für die Lastfälle r (5/5) und r (5/100) gemäß Kostra DWD zu berechnen und zu prüfen.
5. Einleitung von Niederschlagswasser von Straßen, befestigten Flächen, Bauten, etc. in Oberflächengewässer bedürfen einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen und die UWB zu beteiligen.
6. Sollten während der Bauphasen Einleitungen von Wasser in ein Gewässer erfolgen, ist vom Verband eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.
7. Während der Bauzeit ist der schadloسة Wasserabfluss zu gewähren. Bei Problemen ist unverzüglich der WBV Nuthe-Nieplitz zu benachrichtigen. Auftretende Schäden sind vom Verursacher bzw. auf dessen Kosten zu beseitigen.
8. Bestehende Zufahrten, Durchfahrten, Zugänge, Zuwegungen, etc. für die Gewässerunterhaltung sind zu erhalten. Bei Neuanlagen bzw. Umbauten sind Art und Weise der Ausführung auf folgende Fahrzeuge abzustellen: Traktoren mit Anbaugeräten bis 17 t, Ketten- und Mobilbagger bis 22 t Gesamtgewicht.
9. Bei Neuerrichtung oder Instandsetzung von Durchlässen / verrohrten Überfahrten sind Ein- und Auslauf der Durchlässe mit einer betonierten Granitsteineinfassung herzustellen oder als senkrechte Stirnwände zu errichten (mit der Oberkante ebenerdig) und dauerhaft gegen eine Versetzung zu sichern (keine lose Steinschüttung). Die Standsicherung der Böschung ist durch Art der Herstellung zu sichern. Die Böschungssicherung ist durch eine Pfahlreihe abzuschließen. Die Böschung ist entsprechend dem Grabenprofil in gleichartiger Neigung anzuarbeiten.
10. Die Einbauhöhe der Durchlasssohle hat 10 cm unterhalb der Gewässersohle zu erfolgen mit fachgerechter Gründung und einem Gefälle entsprechend der Grabensohle. Böschungsfußsicherung am Ein- und Auslauf ist auf 3 m Länge beidseitig auszuführen als Faschinensicherung oder als Pfahlreihe. Oberkante der Fußsicherung ist MW.

11. Bei erforderlichen Böschungssicherungen sind diese mit Wasserbausteinen auszuführen und anschließend zu verfestigen, zu verdichten bzw. packen. Die Lage Wasserbausteine ist mit 20 cm Mutterboden derart zu überdecken, dass ein Böschungsplanum mit der heranlaufenden Böschung besteht und Rasenansaat.
12. Gewässer-Kreuzungen mit Medien oder Leitungen sind in einem Winkel von 90° zur Gewässerachse herzustellen. Der Verlegeabstand zur Sohle der Gewässer hat mindestens 1,50 m zu betragen. Die normale Verlegetiefe darf erst wieder in einem Abstand von 5 Metern von der Böschungsoberkante des Gewässers erreicht werden. Die Überfahrbarkeit der Trasse muss für Maschinen bis 22 t gewährleistet sein. Nach der Verlegung der Leitungen sind die Gewässer sowie alle anderen während des Baues in Anspruch genommenen Flächen und Anlagen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Nach Abschluss der Arbeiten ist die geforderte Verlegetiefe und -richtung mittels Bestandszeichnung und eingemessenen Höhen nachzuweisen und als Bestandsplan zu übergeben.
13. Trassen sind beidseitig außerhalb des Abflussprofils zu kennzeichnen. Im Außenbereich (gem. BauGB) ist die Markierung mit einer Höhe von mindestens 1,80 m ab Bodenoberkante zu errichten, im Innenbereich (gem. BauGB) 1,0 m ab Bodenoberkante. Die Markierung ist vom Rechtsträger der Leitung in ihrem Zustand zu erhalten.

Sonstige Hinweise:

Der 5 m Gewässerrandstreifen ist frei von Masten, Schildern/Pylonen, Versickerungsanlagen, Bepflanzungen und sonstigen Hindernissen zu halten. Die Überfahrbarkeit gemäß Punkt 8 ist bei allen neuen Wegen/Gehwegen entlang des Gewässerrandstreifens zu berücksichtigen.

Sind Notüberläufe an den Versickerungsanlagen mit Einleitung in ein Gewässer II. Ordnung geplant, ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

1. Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 2020-03 „Edeka an der Schlalacher Straße“ der Stadt Treuenbrietzen

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
21.	<p>Wasser- und Bodenverband "Nuthe-Nieplitz" vom 07.02.2023</p> <p>Zum Beteiligungsverfahren geben wir folgende Stellungnahme ab:</p> <ol style="list-style-type: none"> An allen Gewässern ist nach § 38 WHG ein Gewässerrandstreifen im Außenbereich von 5 m Breite freizuhalten. Die Breite gilt jeweils auf beiden Seiten des Gewässers. Der Gewässerrandstreifen bemisst sich ab der Linie des Mittelwasserstandes, bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern, der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und die nicht nur zeitweise Ablagerung von Gegenständen sind u.a. im Gewässerrandstreifen verboten. Gewässerrandstreifen innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile werden nach § 38 Abs. 3 WHG durch die zuständige Behörde mit einer angemessenen Breite festgesetzt und sollte eine Breite von 5 m betragen. Der Zugang für Maschinentechnik z.B. Traktor muss am gesamten Gewässer gewährleistet bleiben. Nach § 41 Abs. 2 WHG sind Handlungen zu unterlassen, die die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würden. Aufgrund der zunehmenden Witterungsextreme wird dringend empfohlen, für das gesamte Plangebiet die schadhafte Abführung von Niederschlag für die Lastfälle r (5/5) und r (5/100) gemäß Kostra DWD zu berechnen und zu prüfen. Einleitung von Niederschlagswasser von Straßen, befestigten Flächen, Bauten, etc. in Oberflächengewässer bedürfen einer Erlaubnis. Hierfür ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen und die UWB zu beteiligen. 	<ol style="list-style-type: none"> Entwässerungsgraben: Regelungen für Gewässerrandstreifen im Außenbereich (§ 35 BauGB). Entwässerungsgraben: Regelungen für Gewässerrandstreifen im Zusammenhang bebauten Ortsteil (§ 34 BauGB). Hinweise für Baugenehmigungsverfahren. Hinweise für Baugenehmigungsverfahren. Niederschlagswasser: Einleitung 	<ol style="list-style-type: none"> Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes liegt planungsrechtlich ein beplanter Innenbereich nach § 30 BauGB vor. Die Regelungen des § 38 WHG für den Außenbereich nach § 35 BauGB findet im Geltungsbereich des vorliegenden Bebauungsplanes keine Anwendung. Wird bereits berücksichtigt. Die Hinweise des Stellungnahmegebers erfolgten bereits mit der Stellungnahme zur frühzeitigen Behördenbeteiligung vom 14.10.2022 und wurden im Umweltbericht sowie mit einer Rücknahme der Pflanzbindungsflächen auf den vom Stellungnahmegeber geforderten 5,0 m-Abstand in der zeichnerischen Festsetzung berücksichtigt. Die Begründung zum BPlan-Entwurf führt dies bereits aus. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Die Hinweise sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Die Hinweise sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen. Mit der Bautechnischen Vorplanung „Straßenbau, Regenentwässerung“ (Noack, Februar 2022) wird bereits dargelegt, dass eine Bemessung der zu berücksichtigenden Niederschlagsmenge gemäß DWA-A 138 für den fünfjährigen Bemessungsregen sowie ein Überflutungsnachweis nach DIN 1986-100 für den dreißigjährigen Bemessungsregen durchgeführt wurde. Alle Nachweise hierfür wurden bereits erbracht (siehe Noack, Seite 4). Danach ist eine Entwässerung des Niederschlagswassers ausschließlich auf dem Vorhabensgrundstück über die geplanten Mulden/Rigolen möglich. Eine Einleitung in das öffentliche Netz oder in die Entwässerungsgräben wird nicht vorgesehen. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich.

1. Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 2020-03 „Edeka an der Schlalacher Straße“ der Stadt Treuenbrietzen

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
	<p>6. Sollten während der Bauphasen Einleitungen von Wasser in ein Gewässer erfolgen, ist vom Verband eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.</p> <p>7. Während der Bauzeit ist der schadlose Wasserabfluss zu gewähren. Bei Problemen ist unverzüglich der WBV Nuthe-Nieplitz zu benachrichtigen. Auftretende Schäden sind vom Verursacher bzw. auf dessen Kosten zu beseitigen.</p> <p>8. Bestehende Zufahrten, Durchfahrten, Zugänge, Zuwegungen, etc. für die Gewässerunterhaltung sind zu erhalten. Bei Neuanlagen bzw. Umbauten sind Art und Weise der Ausführung auf folgende Fahrzeuge abzustellen: Traktoren mit Anbaugeräten bis 17 t, Ketten- und Mobilbagger bis 22 t Gesamtgewicht.</p> <p>9. Bei Neuerrichtung oder Instandsetzung von Durchlässen / verrohrten Überfahrten sind Ein- und Auslauf der Durchlässe mit einer betonierten Granitsteineinfassung herzustellen oder als senkrechte Stirnwände zu errichten (mit der Oberkante ebenerdig) und dauerhaft gegen eine Versetzung zu sichern (keine lose Steinschüttung). Die Standsicherung der Böschung ist durch Art der Herstellung zu sichern. Die Böschungssicherung ist durch eine Pfahlreihe abzuschließen. Die Böschung ist entsprechend dem Grabenprofil in gleichartiger Neigung anzuarbeiten.</p> <p>10. Die Einbauhöhe der Durchlasssohle hat 10 cm unterhalb der Gewässersohle zu erfolgen mit fachgerechter Gründung und einem Gefälle entsprechend der Grabensohle. Böschungsfußsicherung am Ein- und Auslauf ist auf 3 m Länge beidseitig auszuführen als Faschinensicherung oder als Pfahlreihe. Oberkante der Fußsicherung ist MW.</p> <p>11. Bei erforderlichen Böschungssicherungen sind diese mit Wasserbausteinen auszuführen und anschließend zu verfestigen, zu verdichten bzw. packen. Die Lage Wasserbausteine ist mit 20 cm Mutterboden derart zu überdecken, dass ein Böschungsplanum mit der heranlaufenden Böschung besteht und Rasensaat</p> <p>12. Gewässer-Kreuzungen mit Medien oder Leitungen sind in einem Winkel von 90° zur Gewässerachse herzustellen. Der Verlegeabstand zur Sohle der Gewässer hat mindestens 1,50 m zu betragen. Die normale Verlegetiefe darf erst wieder in einem Abstand von 5 Metern von der Böschungsoberkante des Gewässers erreicht werden. Die Überfahrbarkeit der Trasse muss für Maschinen bis 22 t gewährleistet sein. Nach der Verlegung der Leitungen sind die Gewässer sowie alle anderen während des Baues in Anspruch genommenen Flächen und Anlagen in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Nach Abschluss der Arbeiten ist die geforderte Verlegetiefe und -richtung mittels Bestandszeichnung und eingemessenen Höhen nachzuweisen und als Bestandsplan zu übergeben.</p>	6. Hinweise für Baugenehmigungsverfahren.	<p>Mit dem Planungskonzept erfolgt eine Entwässerung des Niederschlagswassers ausschließlich über das Vorhabensgrundstück. Eine Einleitung in das öffentliche Netz oder in die Entwässerungsgräben wird nicht vorgesehen.</p> <p>6. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich.</p> <p>Die Hinweise sind im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen.</p> <p>Die konkrete Ausgestaltung der Bautechnischen Vorplanung „Straßenbau, Regenentwässerung“ (Noack, Februar 2022) erfolgt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens mit der Entwurfs- und Genehmigungsplanung.</p>

1. Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 2020-03 „Edeka an der Schlalacher Straße“ der Stadt Treuenbrietzen

Beteiligung der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB

Nr.	Stellungnahme	Thematische Zuordnung	Abwägung
	<p>13. Trassen sind beidseitig außerhalb des Abflussprofils zu kennzeichnen. Im Außenbereich (gem. BauGB) ist die Markierung mit einer Höhe von mindestens 1,80 m ab Bodenoberkante zu errichten, im Innenbereich (gem. BauGB) 1,0 m ab Bodenoberkante. Die Markierung ist vom Rechtsträger der Leitung in ihrem Zustand zu erhalten.</p> <p>Sonstige Hinweise:</p> <p>Der 5 m Gewässerrandstreifen ist frei von Masten, Schildern/Pylonen, Versickerungsanlagen, Bepflanzungen und sonstigen Hindernissen zu halten.</p> <p>Die Überfahrbarkeit gemäß Punkt 8 ist bei allen neuen Wegen/Gehwegen entlang des Gewässerrandstreifens zu berücksichtigen.</p> <p>Sind Notüberläufe an den Versickerungsanlagen mit Einleitung in ein Gewässer II. Ordnung geplant, ist eine gesonderte Stellungnahme einzuholen.</p>	<p>7. Gewässerrandstreifen: Frei von Hindernissen</p> <p>8. Hinweise für Baugenehmigungsverfahren.</p> <p>9. Niederschlagswasser: Einleitung in Entwässerungsgraben</p>	<p>7. Wird bereits berücksichtigt; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Weitere Erläuterungen siehe vorstehend unter Punkt 21.2</p> <p>8. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Weitere Erläuterungen siehe vorstehend unter Punkt 21.6.</p> <p>9. Wird zur Kenntnis genommen; eine Abwägung ist nicht erforderlich. Mit dem Planungskonzept erfolgt eine Entwässerung des Niederschlagswassers ausschließlich über das Vorhabensgrundstück. Eine Einleitung in das öffentliche Netz oder in die Entwässerungsgräben wird nicht vorgesehen. Weitere Erläuterungen siehe vorstehend unter Punkt 21.4.</p>